

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur
und Sport
am Donnerstag, dem 16.11.2006, Berufskolleg Beckum, Hansaring
11, 59269 Beckum**

**Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr**

Seite

. **I. Öffentlicher Teil**

1. Offene Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf **151/2006**
2. Errichtung eines neuen Bildungsganges am Berufskolleg Ahlen **134/2006**
3. Errichtung eines neuen Bildungsganges am Berufskolleg Warendorf **135/2006**
4. Beteiligung des Schulträgers bei der Bestellung der Schulleitungen **142/2006**
5. Bericht über den Wirtschaftsplan der Gesellschaft zur Kulturförderung im Kreis Warendorf (GKW) **145/2006**
6. Bericht über die Arbeit des Regionalen Bildungsbüros **140/2006**
7. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG zur Neueinstellung von drei Sozialarbeitern für die Schulsozialarbeit an den drei Berufskollegs des Kreises **144/2006**

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Ausübung des Vorschlagsrechts gem. § 61 Abs. 1 Schulgesetz a.F. bei der Wiederbesetzung der Stelle d **136/2006**
2. Ausübung des Vorschlagsrechts gem. § 61 Abs. 1 Schulgesetz a.F. bei der Wiederbesetzung der Stelle d **137/2006**
3. Bericht über das Stellenbesetzungsverfahren der Schulleiterstelle am Berufskolleg Ahlen **141/2006**

Anwesend:

Vorsitz
Gerwing, Theresia
Ausschussmitglieder
Behring, Herwig
Blömker-Stockmann, Maria
Celebi, Lokman
Dufhues, Hannelore
Festge, Susanne
Hein-Kötter, Dorothea
Henschen, Richard
Hödl, Hans-Dieter
Krause, Josef
Luster-Haggeney, Rudolf
Möllmann, Rolf
Ommen, Detlef
Remest, Gerda
Samson, Bernhardine
Witthake, Günter
Zimmermann, Götz
von der Verwaltung
Boeckmann, Inge
Börger, Heinz Dr.
Fernkorn, Ronald
Greiwe, Kerstin
Schreier, Petra
Gäste
Bornschiefer, Marion
Elvering, Veronika
Lütke-Wunder, Helmut
Rehbock, Ulrich
Sannwaldt-Hanke, Karin
Schäper, Bernd

Wasserloos, Horst

Wekeiser, Erwin

Wiethaus-Thrän, Bärbel

Wille, Marie-Luise

Es fehlten entschuldigt:

Frau Festge eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder. Sie spricht einen besonderen Dank an Herrn Wekeiser und sein Team aus, die die Räumlichkeiten bereitgestellt und hergerichtet haben.

I. Öffentlicher Teil

1.	Offene Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Schule in Warendorf	151/2006
-----------	--	-----------------

Frau Schreier führt aus, dass die Einführung der Offenen Ganztagschule an der Astrid-Lindgren-Schule zum Schuljahr 2007/2008 geplant sei.

Hierzu sei spätestens bis zum 30.04.2007 ein Antrag für die Zuwendungen für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich zu stellen. Letztmalig sei auch ein Antrag für die Zuwendungen für Investitionen und Ausstattung in Ganztagschulen zu stellen.

Die Summe der Zuwendungen belaufe sich auf ca. 130.000,00 €.

Eine inoffizielle Bedarfsabfrage bei den Eltern der Schüler der Astrid-Lindgren-Schule habe ergeben, dass eine Gruppe mit 12 Schülern eingerichtet werden könne, sofern der Schulträger die Kosten für die Offene Ganztagschule übernehme. Allgemein hätten die Eltern ein großes Interesse an den Angeboten der Offenen Ganztagschule gezeigt, da sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördere.

Die Kosten beliefen sich auf ca. 30.000,00 € bis 35.000,00 € pro Schuljahr. Ein Großteil davon werde vom Schülerspezialverkehr verursacht, da die Astrid-Lindgren-Schule von Kindern aus dem gesamten Kreis besucht werde.

Die Offene Ganztagschule biete zusätzlich zum planmäßigen Unterricht auch Angebote außerhalb der Unterrichtszeit an den Unterrichtstagen, an beweglichen Feiertagen sowie bei Bedarf auch in den Ferien. Die Teilnahme an den außerunterrichtlichen Angeboten sei freiwillig, bei Anmeldung jedoch für 1 Schuljahr bindend.

Nachmittags solle ein pädagogisches Angebot stattfinden, das über den allgemeinen Förderunterricht hinausgehe, wie z.B. Bewegung, Spiel, Sport, Kunst, Theater, Werken usw.

Zur Zeit würden Gespräche mit verschiedenen Trägern hinsichtlich der außerunterrichtlichen Angebote sowie des Mittagessens geführt. Außerdem fänden enge Auswahlgespräche mit der Schulaufsicht statt, um sich auf einen Träger festlegen zu können.

Des Weiteren werde das pädagogische Konzept der Offenen Ganztagschule erarbeitet.

Eine Gebührensatzung solle den monatlichen Elternbeitrag festlegen. Dieser sei nach dem monatlichen Brutto-Einkommen gestaffelt und betrage zwischen 0,00 € und 150,00 € monatlich. Der Elternbeitrag für ein warmes Mittagessen sei noch festzulegen.

Seitens des Schul-, Kultur- und Sportamtes solle eine offizielle Elternabfrage mittels Flyer erfolgen.

Frau Schreier verweist weiterhin auf die Vorlage im nächsten Schulausschuss am 18.01.2007.

Frau Samson fragt, ob es bereits ein Votum in der Schulkonferenz gegeben habe.

Frau Schreier entgegnet, es habe in der Schulkonferenz ein einstimmiges Votum für die Offene Ganztagschule gegeben. Das Miteinander der Lehrer und Kinder solle gefördert werden.

Herr Dr. Börger spricht der Astrid-Lindgren-Schule seinen Dank für die Bereitschaft aus, eine Offenen Ganztagschule einzurichten.

Die Fahrkosten müssten vom Schulträger gezahlt werden, da ansonsten eine Klasse mit 12 Schülern nicht zustande kommen würde. Das Interesse der Eltern am Angebot einer Offenen Ganztagschule in diesem Falle geringer.

Frau Bornschiefer von der Regenbogenschule wird befragt, wie sich die Situation an der Regenbogenschule hinsichtlich einer Offenen Ganztagschule darstelle.

Sie berichtet, dass die Förderung an der Regenbogenschule besonders in den Klassen 1 bis 6 möglich sei, da die Klassen relativ klein seien.

Frau Bornschiefer macht derzeit eine Elternabfrage. Sollte sich Interesse herausstellen, solle auch an der Regenbogenschule die Möglichkeit einer Offenen Ganztagschule geprüft werden. Jedoch sei bislang wenig Resonanz von den Eltern gekommen. Sie stehe dem Offenen Ganztage aber weiterhin aufgeschlossen gegenüber.

Frau Festge erkundigt sich, ob die Offene Ganztagschule für die Primar- und Sekundarstufe an einem Standort sinnvoll sei.

Frau Bornschiefer möchte jedoch erst die Bedarfsermittlung abwarten, um sich dazu zu äußern.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2.	Errichtung eines neuen Bildungsganges am Berufskolleg Ahlen	134/2006
-----------	--	-----------------

Frau Schreier teilt mit, dass in Ahlen und Warendorf ein identischer Bildungsgang geplant sei, der eine Alternative zur Höheren Handelsschule darstellen solle.

Herr Wasserloos gibt einen Überblick über den geplanten Bildungsgang.

Auf die Frage von Frau Samson hin, ob es genug Schüler für die Errichtung eines identischen Bildungsgangs gebe, führt Herr Wasserloos aus, dass keine Konkurrenz zwischen den beiden Berufskolleg existiere, weil die ursprüngliche Schülerzahl nicht reduziert werde, sondern lediglich den Interessen der Schüler entsprechend aufgeteilt werde.

Herr Rehbock schließt sich den Äußerungen von Herrn Wasserloos an und erklärt nochmals ausdrücklich, dass die Schülerzahl für die Errichtung des Bildungsgangs ausreiche.

Herr Nahrmann erkundigt sich, inwieweit das Angebot des Bildungsgangs inhaltlich mit den Betrieben im Kreis abgestimmt sei.

Herr Rehbock erklärt, dass keine Abstimmung mit den Betrieben erfolgt sei, da bereits Marktanalysen aufgrund der Höheren Handelsschule und der Handelsschule vorlägen. Hieraus ergebe sich, dass ein Markt für die Schüler bestehe.

Herr Dr. Börger fragt, ob das Angebot dieses Bildungsgangs überhaupt sinnvoll sei und ob ggfs. die Möglichkeit bestehe, dass Jugendliche in das Ausbildungsprogramm des Landes aufgenommen würden.

Des Weiteren erkundigt er sich, wie die Leiter der Berufskollegs das Programm bewerten.

Herr Wasserloos erläutert, dass bereits eine Schulleiterdienstbesprechung zu diesem Thema stattgefunden habe. Die Landesregierung biete viele Möglichkeiten für ausbildungswillige Jugendliche an.

Herr Wekeiser erklärt, dass es die Kombination aus ein- und mehrjährigen Bildungsgängen schon seit längerer Zeit am Berufskolleg Beckum gebe. Das Ziel sei, Jugendliche schnell und direkt in eine Ausbildung, ein Studium oder zur Fachoberschulreife zu bringen. Den Schülern dürfe nicht das Gefühl vermittelt werden, sich in einer Warteschleife zu befinden, da dies Unzufriedenheit bei den Schülern erzeuge. Auch, wenn die Bildungsgänge nicht in jedem Jahr ausgelastet seien, sei es trotzdem wichtig, ein differenziertes Angebot an Bildungsgängen vorzuhalten.

Frau Festge erkundigt sich, ob es Erfahrungswerte hinsichtlich der Vermittlungsquoten in einen Ausbildungsplatz vorlägen.

Herr Wekeiser gibt an, dass die Vermittlung in einen Ausbildungsplatz schwer zu beeinflussen sei, da hierfür viele Faktoren wichtig seien.

Herr Rehbock ergänzt, dass die Situation am Ausbildungsmarkt von den Schulen nicht beeinflusst werden könnten. Sie könnten den Schülern nur die Möglichkeit bieten, sich zu bilden.

Abschließend fragt Frau Festge, welche Konsequenzen es habe, wenn der neue einjährige Bildungsgang nicht abgeschlossen werde.

Herr Rehbock erklärt, dass dann nur der schon vor dem einjährigen Bildungsgang erreichte Abschluss vorliege. Die Schüler seien dann selbst für sich verantwortlich.

Herr Wekeiser ergänzt, dass Schulabbrüche durch intensive und angepasste Förderung und Forderung verhindert werden sollen.

Beschlussvorschlag:

Die Errichtung der einjährigen Berufsfachschule, berufliche Grundbildung im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung für Jugendliche mit mittlerem Bildungsabschluss (§ 29 APO-BK vom 05.05.2006, Anlage B 4) zum 01.08.2007 am Berufskolleg Ahlen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

3.	Errichtung eines neuen Bildungsganges am Berufskolleg Warendorf	135/2006
-----------	--	-----------------

Auf die Ausführungen unter TOP 2 wird verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Die Errichtung des Bildungsganges „einjährige Berufsfachschule, berufliche Grundbildung im Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung für Jugendliche mit mittlerem Schulabschluss“ (§ 29 APO-BK vom 05.05.2006, Anlage B 4) am Berufskolleg Warendorf zum Schuljahr 2007/2008 (01.08.2007) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4.	Beteiligung des Schulträgers bei der Bestellung der Schulleitungen	142/2006
-----------	---	-----------------

Frau Schreier erläutert das neue Verfahren der Beteiligung des Schulträgers bei der Bestellung der Schulleitungen. Demnach werde gem. § 61 Abs. 2 SchulG der Schulträger in der Schulkonferenz bei der Schulleiterwahl durch ein stimmberechtigtes Mitglied vertreten. Darüber hinaus sei die beratende Teilnahme von bis zu drei weiteren Vertreter/innen des Schulträgers möglich, die nicht der Schule angehören dürfen. Frau Schreier führt aus, dass es sinnvoll sei, als stimmberechtigtes Mitglied einen Mitarbeiter der Verwaltung zu benennen.

Als Begründung führt sie die Tatsache an, dass das stimmberechtigte Mitglied sowohl am vorgelagerten Assessment-Center-Verfahren als auch an der Wahl in der Schulkonferenz teilnehme. Daher erhalte das Mitglied unmittelbar alle notwendigen Informationen.

Des Weiteren sei die Benennung von drei beratenden Mitgliedern zur Beteiligung der Politik erforderlich. Nach dem d'Hondschen Höchstzahlverfahren würden demnach der CDU-Fraktion 2 beratende Stimmen zufallen, der SPD-Fraktion eine beratende Stimme.

§ 61 SchulG beziehe jedoch die Wahl der stellvertretenden Schulleitung nicht mit ein. Es sei aber eine Gesetzesänderung geplant, die auch die stellvertretende Schulleitung berücksichtigt.

Für die Zwischenzeit sei übergangsweise eine Absprache mit dem Ministerium für Schule und Weiterbildung getroffen worden.

Demnach werde der erweiterten Schulkonferenz einschließlich der Vertreter des Schulträgers das Recht eingeräumt, den Bewerber anzuhören und zur beabsichtigten Auswahlentscheidung eine Stellungnahme gegenüber der Bezirksregierung abzugeben.

Frau Samson beantragte die Vertragung der Entscheidung auf die Kreisausschusssitzung, da vor der Sitzung des Schulausschusses keine CDU-Fraktionssitzung mehr stattgefunden habe und man sich erst über die Entscheidung beraten müsse.

Diesem Antrag wurde mit einer Enthaltung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

5.	Bericht über den Wirtschaftsplan der Gesellschaft zur Kulturförderung im Kreis Warendorf (GKW)	145/2006
-----------	---	-----------------

Frau Boeckmann stellt die Projekte der GKW vor und erläutert den Erfolgsplan.

Die Mehreinnahmen in 2007 sollen laut der Gesellschafterversammlung der Musikschule Beckum-Warendorf zugute kommen. Es werde sogar ein Verlust der GKW in Kauf genommen, um die Musikschule und dadurch auch den Kreishaushalt zu entlasten. Dieser mögliche Verlust solle in den nächsten Jahren durch steigende Dividenden wieder ausgeglichen werden.

Die Ansätze für die Projektförderung entsprächen bis auf die Musikschule denen des Vorjahres.

Herr Ommen fragt, wieso die Projektförderung in 2008 so deutlich ansteigen werde.

Frau Boeckmann erwidert, dass mit steigenden Dividenden zu rechnen sei und diese in die Projektförderung fließen würden.

Herr Dr. Börger betont, dass keine neuen Projekte in die Förderung aufgenommen werden sollten, sondern mit der erhöhten Förderung der bestehenden Projekte die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Kreishaushalt entlastet werden sollen.

Herr Nahrman regt an, die Satzung der GKW zu ändern und den Umfang der Verteilung der Mehreinnahmen zu erweitern. So könnten nicht nur kulturelle Projekte gefördert werden, sondern beispielsweise auch Sportprojekte.

Herr Dr. Börger erwidert, dass bereits im letzten Jahr der gleiche Vorschlag gemacht worden sei, aber die Förderung auf kulturelle Projekte beschränkt werden solle.

Frau Samson ergänzt, dass im Kreistag die Förderung ausschließlich kultureller Projekte beschlossen worden sei. Dies sollte auch beibehalten werden.

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6. Bericht über die Arbeit des Regionalen Bildungsbüros**140/2006**

Herr Schäper bedankt sich zu Beginn seines Vortrages ausdrücklich bei Frau Schreier, Herrn Fernkorn und Frau Kamp für die gute Zusammenarbeit im Regionalen Bildungsbüro.

Auf die anliegenden Präsentationen von Herrn Schäper und Frau Wiethaus-Thrän wird verwiesen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FWG zur Neueinstellung von drei Sozialarbeitern für die Schulsozialarbeit an den drei Berufskollegs des Kreises	144/2006
-----------	--	-----------------

Herr Krause stellt ausdrücklich den Bedarf aller Berufskollegs im Bereich Schulsozialarbeit fest.

Herr Dr. Börger stimmt dem zu und stellt besonders den Bedarf von Schulsozialarbeit an den Berufskollegs Beckum und Warendorf in den Vordergrund. Am Berufskolleg Ahlen sei die Situation entspannter.

Von der Landesregierung werde Anfang 2008 ein Erlass verabschiedet, in dem die Zuständigkeit der Landesregierung für die Finanzierung von Schulsozialarbeitern geregelt sei.

Würden vorher Schulsozialarbeiter eingestellt, müssten die Kosten auch weiterhin vom Kreis Warendorf getragen werden.

Herr Rehbock schildert die Auswirkungen von Schulsozialarbeit. Es seien weniger Gewalttaten zu verzeichnen, die Zufriedenheit der Schüler nehme zu, da sie im Sozialarbeiter/in der Sozialarbeiterin einen Ansprechpartner fänden, der sie ernst nehme und sich bemühe, ihnen zu helfen.

Durch die gezielte Förderung der Schüler wachse auch die Zufriedenheit der Lehrer. Insgesamt sei also ein deutlich positives Fazit zu ziehen.

Herr Wekeiser schließt sich den Ausführungen von Herrn Rehbock an und führt noch weiter zu der Situation am Berufskolleg Beckum aus.

Er gibt Dr. Börger recht, die Landesmittel nicht durch zu frühes Engagement im Bereich der Schulsozialarbeit verfallen zu lassen.

Herr Wasserloos ergänzt, dass am Berufskolleg Ahlen zwar geringe Probleme als in den Berufskollegs Beckum und Warendorf auftreten, jedoch bestehe auch dort Bedarf an Schulsozialarbeit. Es sei jedoch wichtig, die Sozialarbeiter/innen kontinuierlich einzusetzen, um den Jugendlichen einen dauerhaften Rückhalt zu geben.

Frau Schöpfer gibt einen kurzen Einblick in ihre Arbeit am Berufskolleg Beckum. Es habe ca. ein Jahr gedauert, bis die Schüler sie als Sozialarbeiterin akzeptiert und ihre Hilfe in Anspruch genommen hätten.

Sie habe ca. 3 bis 4 Beratungsgespräche am Tag und halte darüber hinaus den Kontakt zu verschiedenen Ämtern und Beratungsstellen.

Es sei sinnvoll, die Zahl der Wochenstunden von z. Zt. 25 Stunden pro Woche aufzustocken, da dies zur Betreuung der Schüler nicht ausreiche. Weiterhin sei es sinnvoll, mindestens zwei Sozialarbeiter pro Berufskolleg zu beschäftigen, damit diese sich untereinander besprechen könnten.

Nach kurzer Diskussion der Anwesenden stellt Frau Festge fest, dass Einigkeit über die Notwendigkeit der Einstellung von Sozialarbeitern herrsche. Man sei sich jedoch auch einig, noch ein Jahr zu warten und somit die Finanzierung der Landesregierung

in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Antrag zurückgezogen

Susanne Festge
Vorsitz

Schriftführer